

Editorial

Offenheit wahren, Anpassung fordern

Die Schweiz muss für Ausländer offen bleiben. Sie braucht sie für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Sie darf aber von den Ausländern sehr wohl eine Integrationsleistung verlangen.



Die Emotionen um die Zuwanderung gehen hoch, deshalb sollten wir uns daran erinnern, woher der Schweizer Wohlstand kommt. Wir verdanken ihn nicht nur der Tüchtigkeit der Bevölkerung, Tugenden wie Fleiss, Sparsamkeit und Bescheidenheit, sondern auch dem Ausland. So lebt die Schweiz ausgeprägter als andere Länder vom Aussenhandel, ihre Exporte machen gut einen Drittel des Bruttoinland-

produkts aus. Rund die Hälfte der 1000 grössten Schweizer Firmen machen mehr als drei Viertel ihres Umsatzes im Ausland, und Schweizer Firmen beschäftigen dort etwa die Hälfte ihrer Belegschaft; Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland kommen nur auf gut 10%. Vor allem aber stammt ein Viertel der schweizerischen Wohnbevölkerung aus dem Ausland, bei weit über einem Drittel kommt zumindest ein Elternteil dorthier.

Schliesslich gäbe es einige der bekanntesten Schweizer Firmen ohne Ausländer nicht. Weltweit kommen Unternehmer oft aus einer kulturellen oder religiösen Minderheit oder aus der Fremde. Aber nirgends dürfte der Anteil so ausgeprägt sein wie in der Schweiz. Das

Buch «Wirtschaftswunder Schweiz», das ich zusammen mit James Breiding verfasst habe, zeigt diese Rolle der ausländischen Unternehmer auf. Es waren aber nicht nur Unternehmer im engeren Sinne wie Henri Nestlé, Nicolas Hayek, Charles Brown, Walter Boveri oder Franz Saurer, die die Schweiz vorwärts brachten. Auf allen Ebenen leisteten Ausländer einen wichtigen Beitrag, etwa der aus Polen stammende und später in die USA geflüchtete Jude Leo Sternbach, der das Valium erfand und damit Roche vor dem Bankrott rettete.

Das alles spricht dafür, die traditionelle Offenheit der Schweiz, die viel ausgeprägter war und ist, als es die Schweizer selbst und erst recht ihre Kritiker im Ausland glauben,

nicht aufs Spiel zu setzen. Zugleich sollte man aber nicht vergessen, dass die Schweiz auch in früheren Jahrhunderten die unternehmerischen Zuwanderer keineswegs überall mit offenen Armen empfangen: Man liess diese eher gewähren, als dass man sie förderte. Anerkennung genossen sie alle zumeist erst, als sie bereits einen beachtlichen unternehmerischen Erfolg vorweisen konnten. Er war gewissermassen ihre Integrationsleistung. Die Lehren daraus sind klar: Offenheit hat der Schweiz genützt, aber bei aller Offenheit hat es die Schweiz stets verstanden, vor allem jene Leute aufzunehmen, die fähig und willens waren, sich zu integrieren und einen Beitrag zum Wohl des Landes zu leisten. **Gerhard Schwarz**

Energiepolitik

Strategie gesucht

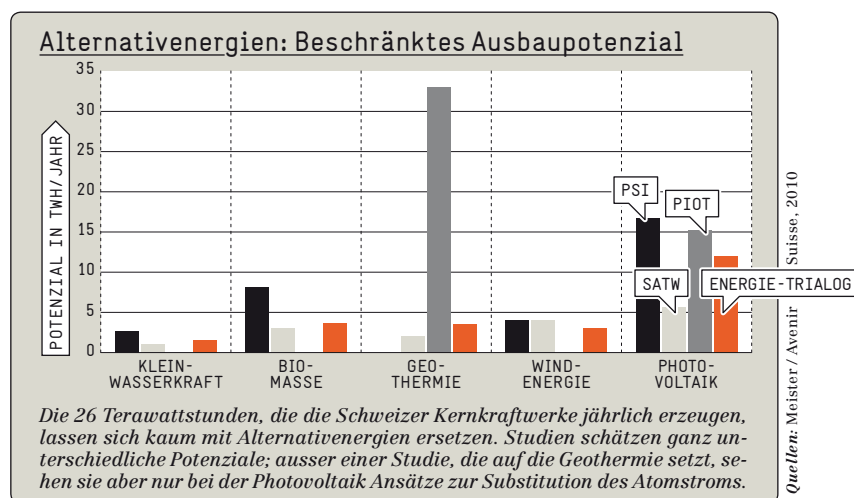
Die Schweiz braucht eine Energiepolitik, die sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientiert.

Die Schweizer Kernkraftwerke produzieren jährlich rund 26 Terawattstunden, also 40% des Stroms, den die Schweiz erzeugt: So viel Leistung ist zu ersetzen, wenn unser Land aus der Atomenergie aussteigen will. Dafür kommen theoretisch verschiedene Strategien in Frage, wie vermehrte Importe, Gaskraftwerke, Stromsparen oder Ausbau der erneuerbaren Energien. Wer politisch korrekt sein will, schlägt Strategien vor, die von allem etwas bringen – auch wenn sie weder ökonomisch noch ökologisch Sinn machen.

Mit zehn Thesen, die sich auf der Website erläutern finden, plädiert

Avenir Suisse für eine zukunftsorientierte Energiepolitik nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen:

1. Nur freie Preise setzen richtige Verbrauchs- und Investitionsanreize.
2. Vorteile des internationalen Handels gelten auch auf dem Energiemarkt.
3. Kleine, offene Volkswirtschaften sind Preisnehmer und müssen sich nach den Weltmarktpreisen richten.
4. Nicht internalisierte externe Effekte verzerren das Verhalten von Produzenten und Konsumenten.
5. Die externen Kosten der Kernkraft müssen teilweise politisch internalisiert werden.
6. Jede Strategie hat ihren Preis in



7. Diversifikation ist eine der besten Strategien der Risikominimierung.
8. Es gibt neben Grössenvorteilen auch Grössennachteile.
9. Der Staat ist als Produzent und Financier wenig geeignet.
10. Die in Zukunft erfolgreichen

Technologien sind noch nicht bekannt. Mit dem Ausbau der Alternativenergien allein lässt sich jedenfalls die Leistung der Kernkraftwerke kaum ersetzen, wie die Grafik zeigt: Ihr Potenzial ist zumeist bescheiden. **Gerhard Schwarz / Urs Meister**

73% : 80%

Ein OECD-Bericht zeigt: Wo viele Ältere arbeiten, gibt es Arbeit für viele Junge. Die älteren Arbeitnehmer sollen ihre Jobs für die Jungen freigeben, statt die Pensionierung aufzuschieben: So argumentieren die Gegner einer Erhöhung des Rentenalters gerne. Doch das Argument ist falsch, wie der Bericht «Pensions at a Glance 2011» der OECD beweist. Er zeigt: Je höher in einem Land die Erwerbsquote der 55- bis 59-Jährigen, desto höher die Erwerbsquote der 20- bis 24-Jährigen. Besonders gut schneidet die Schweiz ab: Die Erwerbsquote der Älteren von 73% liegt nur unter jener von Island, jene der Jungen von 80% bloss unter jener von Australien und den Niederlanden. Deutschland weist mit 63% beziehungsweise 70% deutlich schlechtere Werte aus, in Österreich arbeiten nur noch 59% der Älteren, in Italien stehen 51% der ältesten und bloss 37% der jüngsten Gruppe im Erwerbsleben.

12. – 19.

Im Ranking des «Economist» fällt die Schweiz mit ihrer digitalen Ökonomie zurück. Das Schweizer Mittelland gilt als das Silicon Valley Europas, vor allem Zürich bietet sich als ausgezeichneten Standort für IT-Unternehmen an. Trotzdem belegt die Schweiz nur einen Mittelfeldplatz im «Digital Economy Ranking», mit dem das britische Wirtschaftsmagazin «The Economist» die Länder nach ihrer IT-Freundlichkeit bewertet. Im letzten Jahr noch auf dem 12. Platz, ist die Schweiz auf den 19. Rang zurückgefallen, überholt vor allem von asiatischen Ländern, wie Taiwan (12), Südkorea (13) und Japan (16), die ihre Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetze ausbauen. Am schlechtesten schneidet unser Land bei der Vision und der Strategie für die E-Gesellschaft ab: Hier erhält die Schweiz nur 6,8 Punkte, deutlich weniger als Südkorea (9,2), Schweden (8,9) oder sogar Slowenien (7,6).

+25%

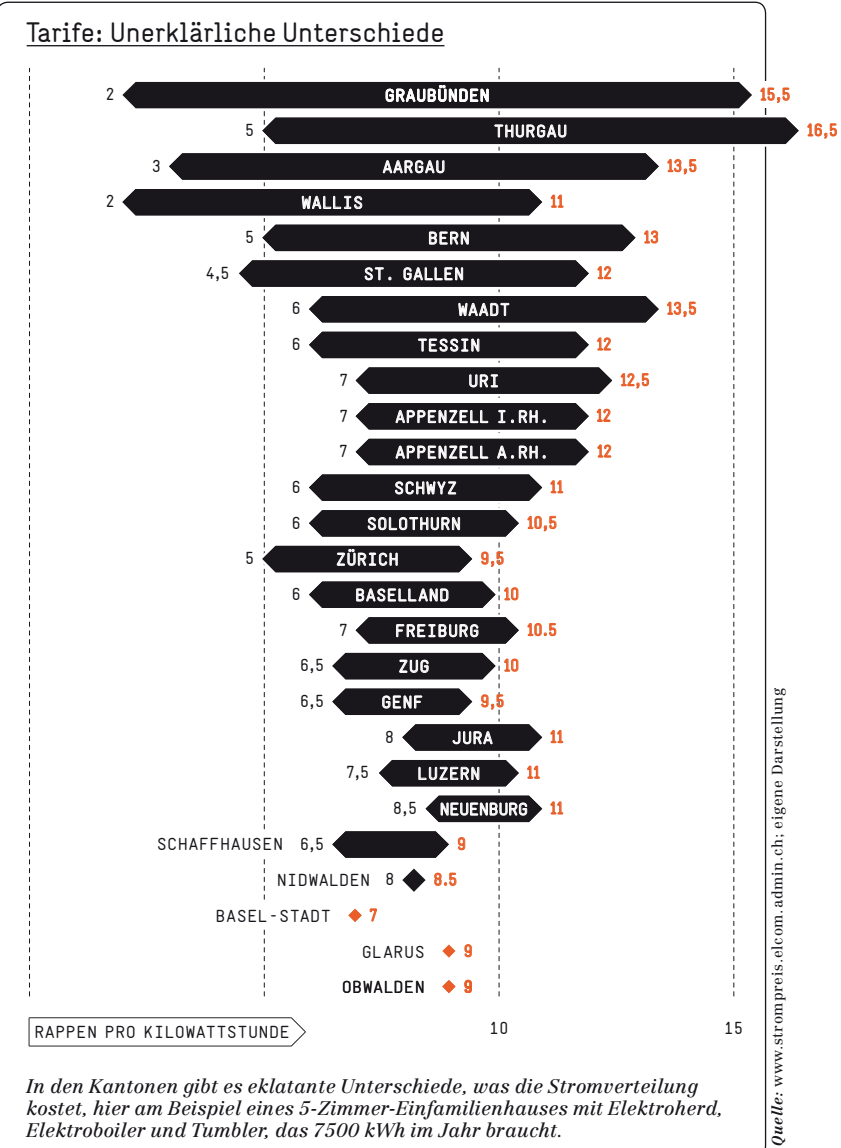
Die Waldfläche ist in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg um ein Viertel gewachsen. «Das Volumen des Holzes in den europäischen Wäldern nimmt jedes Jahr um 430 Millionen Kubikmeter zu», stellte die UN Economic Commission for Europe zum Internationalen Jahr des Waldes fest: Das entspricht einem Holzquader mit einer Seitenlänge von 750 Metern. Auch in der Schweiz dehnt sich die Waldfläche stark aus, allein in den letzten zehn Jahren ist sie im Alpenraum um die Fläche des Kantons Glarus (685 km²) gewachsen. Trotzdem will der Bundesrat daran festhalten, dass bei allen Rodungen Ersatz geschaffen werden muss. Dabei hat sich die Gesamtfläche des im 19. Jahrhundert übernutzten Waldes seit dem Zweiten Weltkrieg um 25% auf 1,25 Millionen Hektaren ausgedehnt. Besonders stark wuchs sie bis in die frühen achtziger Jahre – dann beklagten Politik und Medien das Waldsterben.

Im Netz gefangen

Bei den Kosten der Stromnetze gibt es unerklärliche Unterschiede zwischen den Kantonen und auch innerhalb von Kantonen – also wohl Senkungspotenzial.

Für den Strom geben die Endverbraucher rund 9 Milliarden Franken aus – nicht nur für die Leistung der Kraftwerke, sondern vor allem auch für die Netze. Gemäss Swissgrid, der Betreiberin des Übertragungsnetzes, machen die Energiekosten im Endkundentarif durchschnittlich 40% aus. Dagegen belaufen sich die Kosten für Übertragungs- und Verteilnetze auf 46% – davon entfallen 10 Prozentpunkte auf das nationale Übertragungsnetz und 36 Prozentpunkte auf die regionalen und lokalen Verteilnetze. Höchste Zeit, sich die Stromnetztarife etwas genauer anzusehen. In der Schweiz prüft die ElCom die Tarife der rund 750 Schweizer Netzbetreiber. Im Gegensatz

zu den europäischen Ländern, wo die Tarife mit einem Anreizsystem für Kostensenkungen und Strukturveränderungen reguliert werden, genehmigt der staatliche Regulator die Tarife der Netzbetreiber, solange diese die geltend gemachten Betriebs- und Kapitalkosten des Netzes widerspiegeln. 2011 variierten die Netztarife in der Schweiz für einen durchschnittlichen Haushalt zwischen etwa 2 und 17 Rappen pro kWh. Die Grafik zeigt ausserordentlich hohe Unterschiede nicht nur zwischen den Kantonen, sondern auch innerhalb einzelner Kantone. Das lässt vermuten, dass es bei den regulierten Verteilnetzen künftig einiges Potenzial für relevante Kostensenkungen gibt. **Urs Meister**



Der Bundesrat ist allzu optimistisch

Die Zuwanderer können die AHV nicht retten. Avenir Suisse hat die optimistischen Annahmen des Bundesrates zur Finanzierung der ersten Säule überprüft: Wer ohne Wunschdenken rechnet, kann die Zuversicht der Landesregierung nicht teilen.

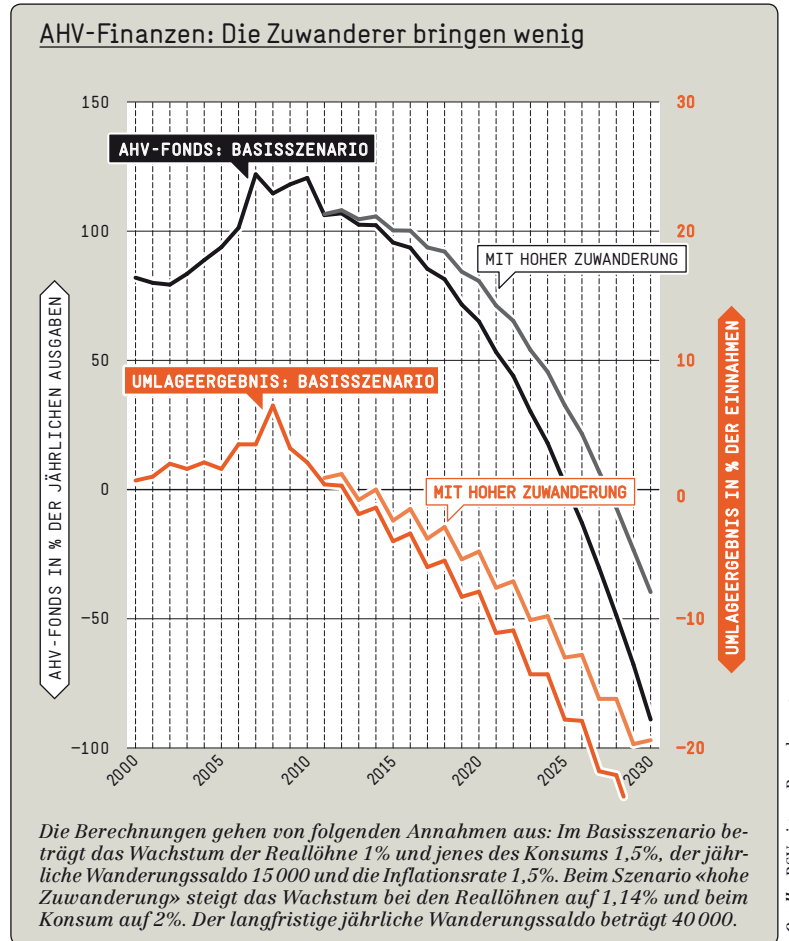
Der Bundesrat beruhigte das Volk Mitte Mai: Aufgrund der stärkeren Zuwanderung sei die Finanzierung der AHV deutlich länger gesichert als bisher angenommen. Avenir Suisse hat die neuen Annahmen des Bundesrates in das eigene AHV-Finanzierungsmodell eingespeist – und kann den Optimismus der Landesregierung nicht teilen: Die höheren Zuwandererzahlen bringen uns gerade einmal zwei Jahre, der AHV-Fonds entleert sich statt wie im Basisszenario ab 2013 im Szenario mit hoher Zuwanderung «erst» ab 2015 dauerhaft und ist statt Anfang 2026 ab Mitte 2028 völlig leer. Das Umlageergebnis sinkt gar in beiden Szenarien schon ab 2013 permanent in die roten Zahlen, mit immer schneller steigenden Defiziten in den Folgejahren.

Wie kann es sein, dass die Prognose von Avenir Suisse trotz vergleichbaren Annahmen deutlich pessimistischer ausfällt als jene des Bundesrates? Die Antwort lautet:

Sie tut es gar nicht. Zumindest nicht in erheblichem Ausmass:

— Der Bund spricht von einem «schmelzenden AHV-Vermögen» ab 2020. Nominell und absolut gesehen, schrumpft der AHV-Fonds auch gemäss Rechnung von Avenir Suisse tatsächlich erst ab 2019. In Relation zu den (schnell steigenden) Ausgaben setzt die Vermögensabnahme jedoch eine ganze Legislaturperiode früher ein.

— Der AHV-Fonds wird gemäss Bund «um das Jahr 2025» die kritische Schwelle von 50% der Jahresausgaben unterschreiten. Das stimmt ziemlich genau mit der Prognose von Avenir Suisse (2024) überein. Wem dieses Szenario wenig dramatisch erscheint, der vergisst: Das Defizit in der Jahresrechnung ist zu jenem Zeitpunkt schon sehr gross, und es steigt exponentiell weiter an. Nur vier Jahre später wird der Fonds deshalb völlig ausgehöhlt sein, bis 2030 wächst ein riesiger Schuldenberg heran.



Es ist also nicht so sehr die (vermeintlich) optimistische Rechnung des Bundesrates, sondern dessen optimistische Ausdrucksweise, die verblüfft. Denn eine Reform der AHV ist auch bei stärkerer Zuwanderung nicht weniger dringlich. Langfristig einen jährlichen Einwanderungssaldo von 40 000 statt 15 000 Personen anzunehmen, scheint zudem angesichts

der gegenwärtigen emotionalen Diskussionen um einen Einwanderungsstopp etwas vermessen. Das heisst: Die Schweiz braucht sanfte AHV-Reformen (wie z.B. die von Avenir Suisse 2009 vorgeschlagene schrittweise Erhöhung des Rentenalters) heute, damit sich drastische Einschnitte in der Zukunft verhindern lassen.

Lukas Rühli

Protektionismus

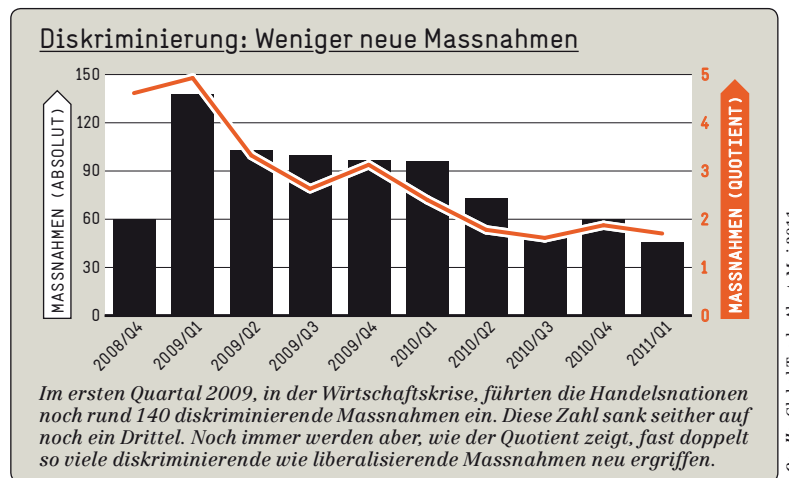
Handel in der Krise

Noch immer schotten die Staaten ihre Märkte wegen der Wirtschaftskrise mit protektionistischen Massnahmen ab, gerne auch angeblich für die Umwelt.

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise im November 2008 haben die Handelsnationen über 800 Massnahmen neu ergriffen, die Drittstaaten diskriminieren. Die Schweiz war davon mehr als 160 Mal betroffen, hat selbst aber nur gerade dreimal protektionistisch agiert. Immerhin zeigt der Trend in die richtige Richtung: Während 2009 im Durchschnitt aller Quartale und 2010 im ersten Quartal weltweit noch je über 100 diskriminierende Bestimmungen einge-

führt wurden, lag diese Zahl im ersten Quartal 2011 noch bei 46, also einem Drittel des im ersten Quartal 2009 erreichten Höchstwerts. Von einer positiven Entwicklung liesse sich allerdings erst sprechen, wenn die vielen protektionistischen Massnahmen der letzten Jahre wieder zurückgenommen würden.

Die klassischen, von der Welthandelsorganisation (WTO) regulierten Instrumente, wie das Anheben von Importzöllen oder Antidumping-Massnahmen, wurden deutlich sel-



tener eingesetzt als eher undurchsichtige Massnahmen, wie staatliche Beihilfen für einzelne Industrien, Exportsubventionen oder Vorgaben für den inländischen Wertschöpfungsanteil. Und fast 30 Staaten, darunter zwei Drittel der G-20-

Gruppe, haben protektionistische Massnahmen aufgrund von Umweltklauseln ergriffen: Die Regierungen können so den Protektionismus nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland besser «verkaufen».

Martin Wermelinger

Verzerrtes Wirtschaftsland

Die Schweizer Karte, nach Wirtschaftskraft betrachtet, verzieht sich immer mehr: Die vier Metropolregionen Zürich, Genf-Lausanne, Basel und Bern schaffen auf einem Zehntel der Landesfläche fast zwei Drittel der Schweizer Wirtschaftsleistung.

Was wie ein groteskes Monster aussieht, ist das Wirtschaftsland Schweiz – zur Kenntlichkeit entstellt. Für Avenir Suisse berechnete das Beratungsunternehmen BAK Basel das ökonomische Gewicht der Metropolregionen, indem es die Wirtschaftsleistung (BIP), die Erwerbstätigen und die Einwohner der einzelnen Gemeinden erfasste. Die verzerrte Karte stellt diese Räume entsprechend ihrer Wirtschaftskraft dar: Sie zeigt also auf, wo die Schweiz ihr Bruttoinlandsprodukt von gegenwärtig rund 550 Milliarden Franken erarbeitet.

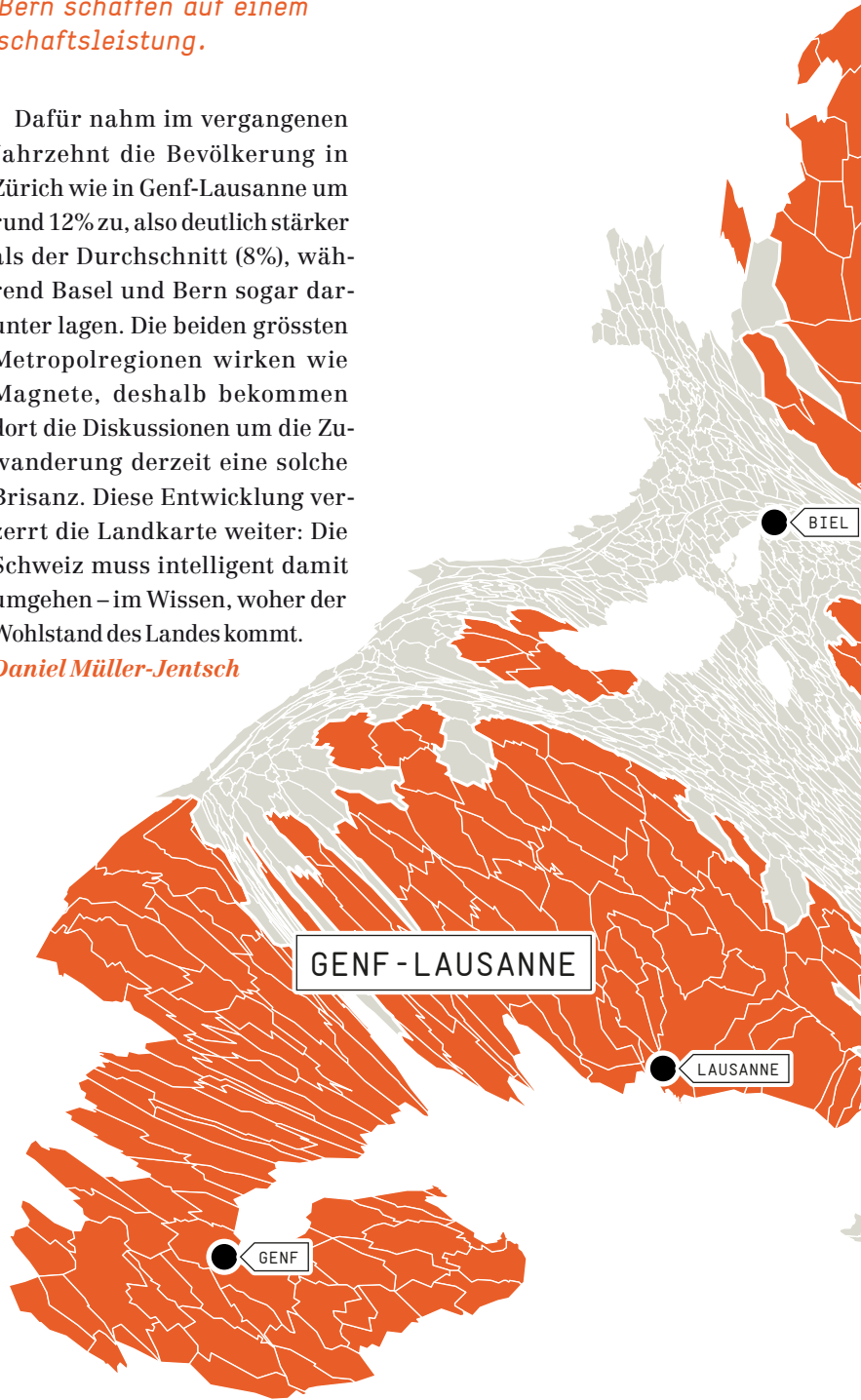
Die Verzerrung lässt sich leicht erklären: Die vier Metropolregionen – Zürich, Genf-Lausanne, Basel und Bern – machen zwar nur 10% der Landesfläche aus, schaffen aber fast zwei Drittel (59%) der Wirtschaftsleistung der Schweiz. Die klar bedeutendste Metropolregion ist Zürich mit einem Anteil von 29% an der nationalen Wertschöpfung. Mit deutlichem Abstand folgen Genf-Lausanne (14%) und

Basel (10%), die Hauptstadt Bern schliesslich bringt es nur auf ein Zwanzigstel des BIP der Schweiz. Die fünfte Metropolregion, die das Bundesamt für Statistik aufführt, das Südtessin als Teil des Wirtschaftsraums Mailand, erscheint mit einem noch deutlich geringeren BIP-Anteil als Bern nicht auf der Karte.

Auch beim Wachstum erwiesen sich die Metropolregionen in den letzten zehn Jahren (2000–2010) als Motor der Schweizer Wirtschaft. An der Spitze steht Basel mit einer Steigerung von 29%, gefolgt von Genf-Lausanne (22%) und Bern (20%). Insgesamt schaffte die Schweiz in diesem Jahrzehnt ein Wachstum von 18%, Zürich liegt mit 15% Prozent darunter – einerseits weil in seinem Einzugsgebiet auch wirtschaftsschwächere Gebiete liegen, andererseits weil die Finanzkrisen von 2001 und 2008/09 sowie das Swissair-Grounding von 2001 die Stadt zurückwarfen.

Dafür nahm im vergangenen Jahrzehnt die Bevölkerung in Zürich wie in Genf-Lausanne um rund 12% zu, also deutlich stärker als der Durchschnitt (8%), während Basel und Bern sogar darunter lagen. Die beiden grössten Metropolregionen wirken wie Magnete, deshalb bekommen dort die Diskussionen um die Zuwanderung derzeit eine solche Brisanz. Diese Entwicklung verzerrt die Landkarte weiter: Die Schweiz muss intelligent damit umgehen – im Wissen, woher der Wohlstand des Landes kommt.

Daniel Müller-Jentsch



Metro-Region Basel

Bevölkerung
(in Personen; 2010):

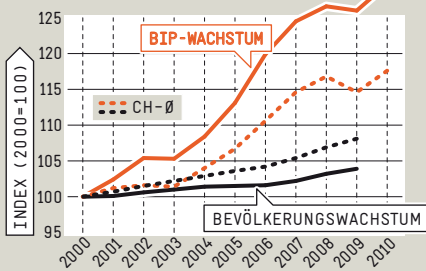
497 973

BIP nominal (in Mio. Fr.; 2009):

52 839,1

BIP/Kopf (in Tsd. Fr.):

106,1



Dank der Pharmaindustrie mit ihren Grenzgängern wuchs das BIP seit 2000 mit 29 Prozent klar am stärksten. Dagegen legte die Bevölkerung mit 4 Prozent wenig zu. Deshalb gibt es in Basel kaum Konflikte mit der (neuen) Zuwanderung.

Metro-Region Genf-Lausanne

Bevölkerung
(in Personen; 2010):

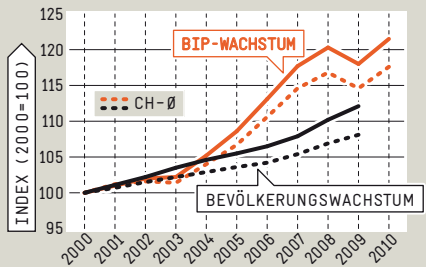
975 963

BIP nominal (in Mio. Fr.; 2009):

77 810,6

BIP/Kopf (in Tsd. Fr.):

79,7



Mit 12 Prozent nahm die Bevölkerung des Arc lémanique im letzten Jahrzehnt am stärksten zu. Das erklärt das Aufkommen von fremdenfeindlichen Politikern trotz der starken Entwicklung der Wirtschaft dank globalen Konzernen.

Metro-Region Bern

Bevölkerung
(in Personen; 2010):

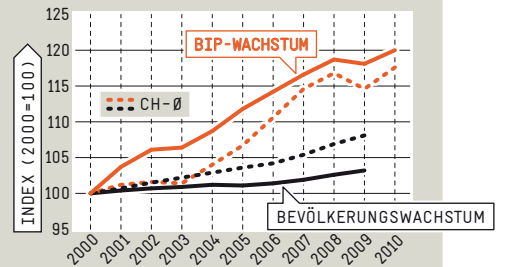
350 845

BIP nominal (in Mio. Fr.; 2009):

33 640,7

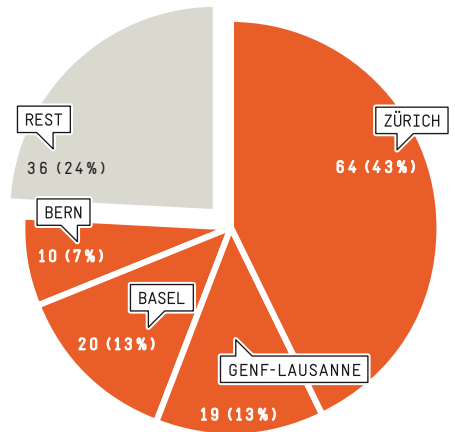
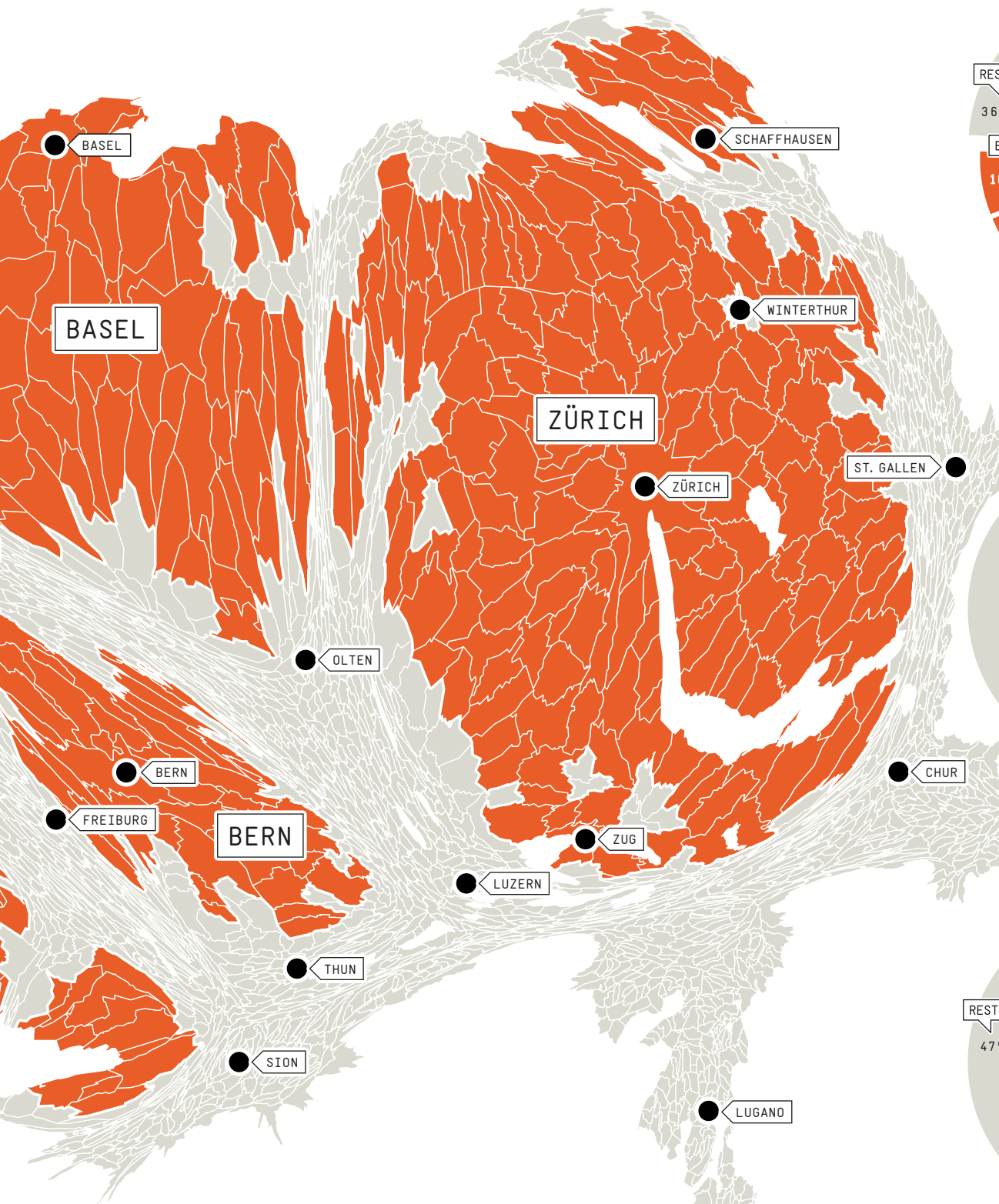
BIP/Kopf (in Tsd. Fr.):

95,9

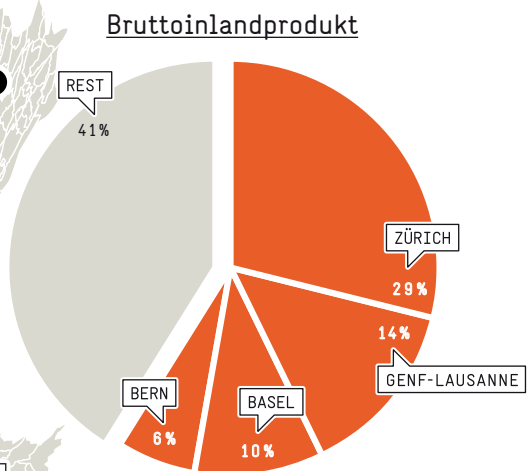


Die Hauptstadtregion zählt nur wenige bedeutende internationale Konzerne. Das starke BIP-Wachstum von 20 Prozent ist deshalb auf Bundesverwaltung und staatliche Unternehmen zurückzuführen. Die Bevölkerung wuchs dagegen kaum.

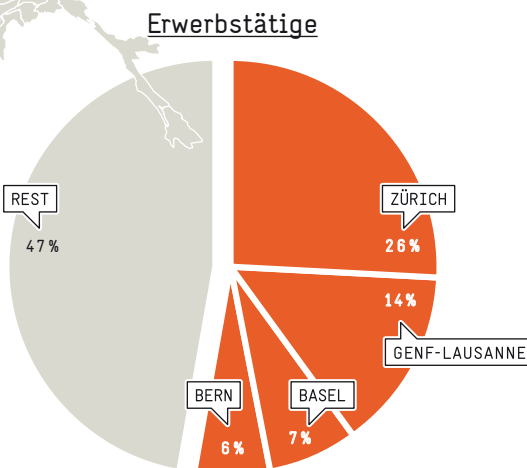
Quelle: BAK Basel; eigene Darstellung, realisiert von Die Geographen schwick-spichtig Zürich



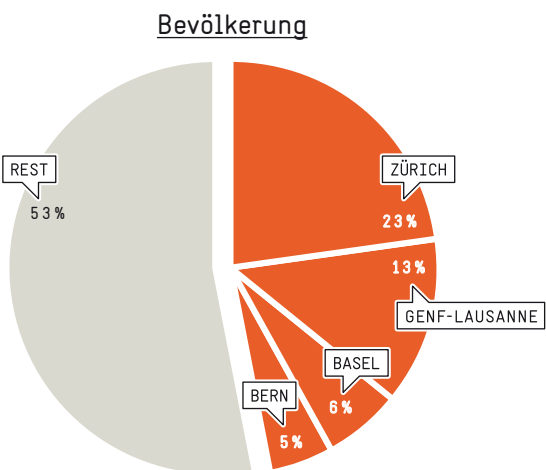
Headquarters
(150 grösste Unternehmen)



Bruttoinlandprodukt



Erwerbstätige



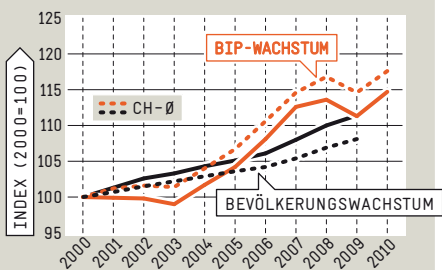
Bevölkerung

Die Darstellung beruht auf den BIP-Anteilen für die vier Metropolregionen und den «Rest des Landes». Auf diesen Flächen wurden Durchschnittswerte für das Aufblähen/Schrumpfen der einzelnen Gemeinden verwendet. Würde man BIP-Anteile für die rund 2600 Gemeinden verwenden, nähme die Bedeutung der Kernstädte in ihren Regionen noch zu, die Metropolregionen würden also von innen heraus noch mehr aufgebläht. Im «Rest des Landes» würden einige regionale Wirtschaftszentren wie St. Gallen und Chur grösser erscheinen, dafür jedoch die anderen Gemeinden stärker schrumpfen. Insgesamt würde der Verzerrungseffekt also noch etwas verstärkt.

Metro-Region Zürich

Bevölkerung
(in Personen; 2010):
1 826 607

BIP nominal (in Mio. Fr.; 2009): **159 423,1**
BIP/Kopf (in Tsd. Fr.): **87,3**



Vor allem wegen der Zuwanderung von Deutschen wuchs die Bevölkerung im letzten Jahrzehnt mit 11 Prozent stark. Das Wachstum des BIP blieb dagegen aufgrund der Krisen des Finanzplatzes hinter dem Landesdurchschnitt zurück.

Die Grafiken zeigen die Bedeutung der vier Metropolregionen. Mit einem Anteil an der Schweizer Bevölkerung von knapp der Hälfte weisen sie drei Viertel der Headquarters von internationalen Konzernen aus und erarbeiten drei Fünftel des Schweizer Bruttoinlandprodukts. Besonders wichtig sind die Regionen Zürich und Genf-Lausanne: Mit einem Bevölkerungsanteil von 36 Prozent schaffen sie dank 56 Prozent der Headquarters einen Anteil am Bruttoinlandprodukt von 43 Prozent.

Der Mensch lebt nicht von der Freiheit allein

An einer mit wechselnden Referenten zunächst in Berlin und dann in Zürich durchgeführten Tagung von Avenir Suisse und IW Köln dachten die Teilnehmer darüber nach, ob es zur Verteidigung der freiheitlichen Ordnung anderer höchster Werte neben der Freiheit bedarf.

Immer mehr Menschen lehnen die liberale Wirtschaftsordnung ab, obwohl sie ihr einen Wohlstand verdanken, wie es ihn noch nie in der Geschichte für die Massen gab. In Deutschland sieht gemäss Umfragen (siehe unten) nicht einmal mehr eine Hälfte der Befragten die Soziale Marktwirtschaft als bewährt an und fast zwei Drittel halten die wirtschaftlichen Verhältnisse für ungerecht.

Diese Entwicklung, die vor zwanzig Jahren einsetzte, verschärfte sich seit 2008. Zeigt sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise also auch eine Krise der Werte? Fehlt den liberalen Gesellschaften die gemeinsame moralische Grundlage? Und wenn diese pessimistische Diagnose zutrifft: Wie lässt sich die liberale Ordnung verteidigen? Zu diesen Fragen veranstalteten Avenir Suisse und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln gemeinsam Tagungen in Berlin und Zürich: «Von der Systemkrise der Wirtschaft zur Wertekrise der Ge-

sellschaft». Ein Tagungsband wird voraussichtlich im Spätherbst bei NZZ Libro erscheinen.

Eine liberale Ordnung beruht auf der Freiheit als höchstem Wert. Im Zusammenleben, von der Arbeit bis

als «homo oeconomicus» – vom Eigennutz leiten, sondern er lebt als homo sociologicus in Beziehungen mit anderen Menschen, wie Michael Hüther, Direktor des IW Köln, an der Zürcher Tagung erklärte.

tigkeitsbegriff pflegten, immer noch die Laienökonomie durchdringt, die sich beispielsweise Nutzen für die einen nur zum Schaden der anderen vorstellen kann. Und Pfarrer Peter Ruch legte dar, dass die Botschaften «von ausserhalb der Welt» in der Bibel, zeitgemäss interpretiert, die europäischen Gesellschaften immer noch leiten – oder leiten sollten.

Um den Moralisten, also Konservativen wie Sozialisten, nicht das Feld zu überlassen, müssten Liberale nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz der Menschen ansprechen, meinte Gerhard Schwarz, Direktor von Avenir Suisse. Er präsentierte dafür im Sinne einer Anregung zehn Prinzipien einer liberalen, westlichen Zivilisation: Wer für eine freie Ordnung kämpfe, dürfe sich nicht nur für liberale Spielregeln einsetzen, sondern müsse von den Führungskräften in Gesellschaft und Wirtschaft auch Tugendhaftigkeit einfordern.

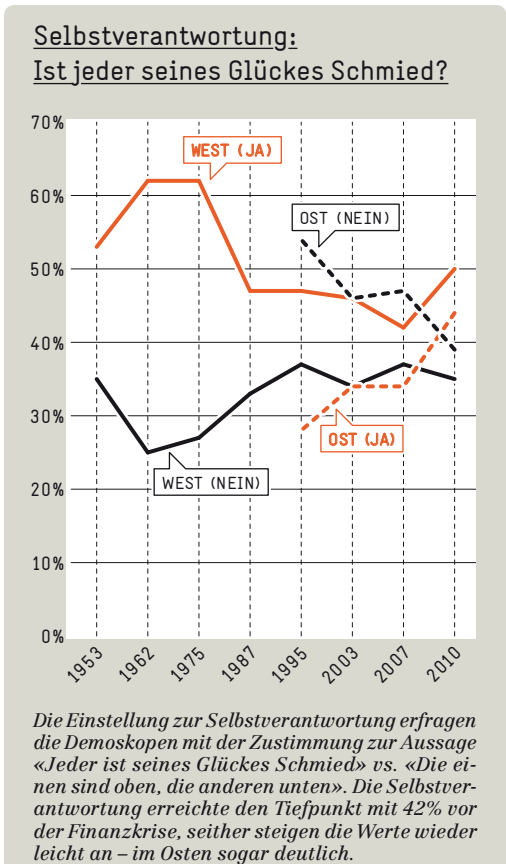
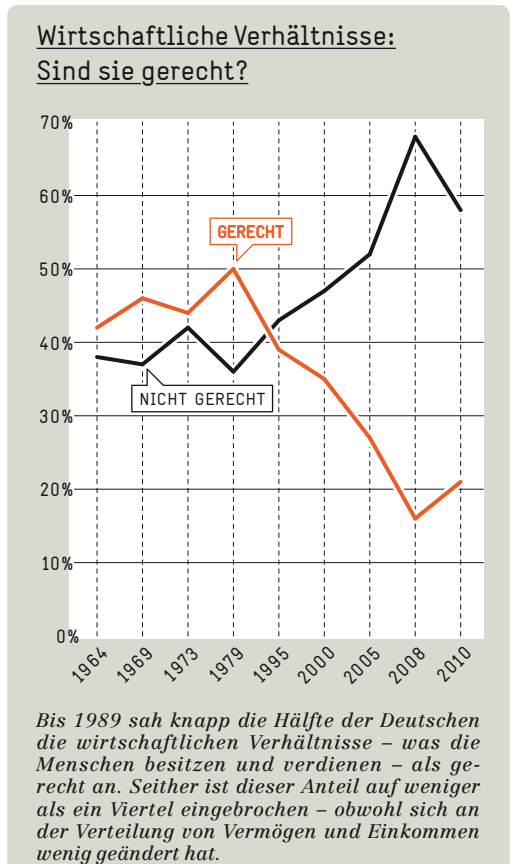
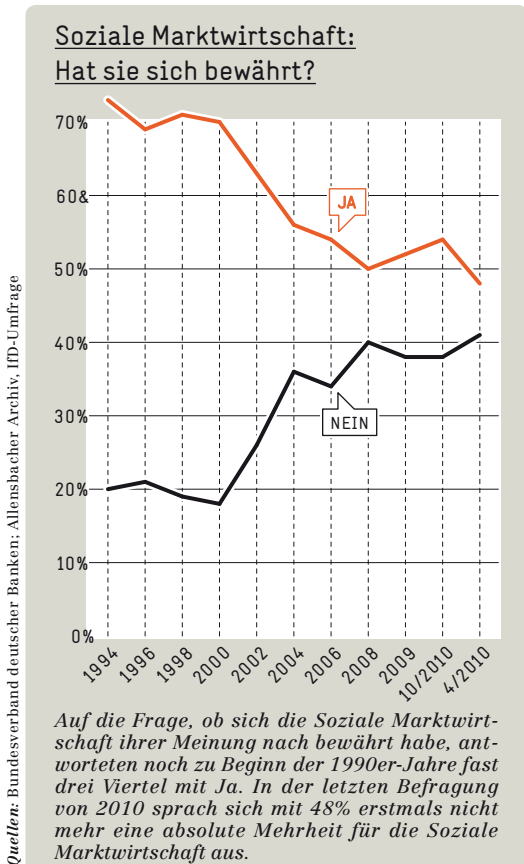
Markus Schür

Zehn Prinzipien einer liberalen Zivilisation

1. Freiheit und Würde von Mann und Frau
2. Selbstverantwortung des Menschen für sein Schicksal
3. Privateigentum als Schutz der Autonomie
4. Verständnis des Menschen als soziales Wesen
5. Mitmenschlichkeit im sozialen Verhalten
6. Familie als Grundlage der Kontinuität
7. Moralische Schranken im Zusammenleben
8. Streben nach Erkenntnis
9. Hoher Stellenwert des Geistigen
10. Perspektive über das Menschenleben hinaus

zur Liebe, zahlen sich aber auch viele andere Werte wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit oder Einfühlung langfristig aus. Menschliche Beziehungen sind also auf vielfältige Weise von Werten geprägt und der Mensch lässt sich nicht nur –

Welche Werte eine Gesellschaft leiten, lässt sich mit der Evolution und der Kultur erklären. Dominik Enste vom IW Köln zeigte, dass die Urerfahrung der Horden von Jägern und Sammlern, die mangels Eigentum einen egalitären Gerech-



Staates Wirtschaften

Beim Annual Dinner für die Förderer von Avenir Suisse sprachen drei hochkarätige Referenten über den Staat als wirtschaftlichen Akteur.

«Das gibt uns eine völlig neue Perspektive», schwärmte Philipp Hildebrand, Direktionspräsident der Schweizerischen Nationalbank. Zum Annual Dinner für die Förderer lud Avenir Suisse in den Prime Tower ein, das gegenwärtig höchste Gebäude der Schweiz, das die Förderin Swiss Prime Site in Zürich West erstellt hat. Einen Überblick sollten die Gäste aber auch sonst bekommen: Einerseits über die Arbeit von Avenir Suisse, die laufenden Projekte und den Ausbau des Personals, andererseits über die Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft. Avenir Suisse arbeitet derzeit an einer Studie zum Service public. Und beim Annual Dinner äusserten sich drei hochkarätige Referenten zum Staat als wirtschaftlichem Akteur.

Philipp Hildebrand hob die Unabhängigkeit der Nationalbank heraus, fragte aber auch: «Ist die Unabhängigkeit der SNB so gross, dass sie letztlich ausserhalb des demokratischen Systems steht?» Die Unabhängigkeit sei weder absolut noch bedingungslos. So lege die Nationalbank dem Parlament Rechenschaft ab und informiere die Öffentlichkeit, betonte Hildebrand: «Ich wage die These, dass die Nationalbank noch nie so transparent war wie heute.» Die SNB brauche die Unabhängigkeit, um ihren Auftrag optimal zu erfüllen. Doch diese Stellung sei latent gefährdet: «Es war richtig, dass die Notenbanken weltweit mit den Regierungen eng zusammenarbeiteten. Das Risiko besteht jedoch, dass bei der Politik damit falsche Erwartungen geweckt worden sind.» Die Notenbanker dürften sich stets nur von ihrem Auftrag leiten lassen: der Preisstabilität.

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, eben als Staatssekretärin angetreten, stellte den Gästen vor, was das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für den Standort Schweiz leistet: mit dem Sicherstellen eines liberalen Arbeitsmarktes, dem Fördern der Exporte durch Osec und

Exportrisikogarantie, dem Entwickeln einer KMU-freundlichen Politik, die der Bundesrat im September mit einem Bericht vorstellen will. Als bisherige Beauftragte für Handelsabkommen ging die Staatssekretärin aber vor allem auf die Doha-Runde der WTO ein. Diese drohe nach zehn Jahren einzuschlafen, vor allem weil die Schwellenländer mit ganz neuen Ansprüchen auftraten: «Ich hoffe, dass die Verhandlungen irgendwann wie Dornröschen mit einem Kuss aufgeweckt werden.» Umso wichtiger würden die Freihandelsabkommen und vor allem die Beziehungen zur EU, mahnte Ineichen-Fleisch: «Wir können es uns nicht leisten, nichts zu tun.»

SRG-Generaldirektor Roger de Weck erwähnte, sein Unternehmen sei ein privater Verein. Für den Service Public gebe es vier Gründe. Erstens erfülle die SRG den Auftrag, allen Landesteilen gleichwertige Radio- und TV-Programme zu bieten. Zweitens sei kommerzielles TV immer Boulevard-TV: Nur mit öffentlicher Finanzierung lasse sich «qualité populaire» erzielen, Qualität fürs breite Publikum. Drittens sei das Medienhaus SRG auch Kulturhaus, zugunsten von Literatur, Musik und Film: «In 14 Jahren haben wir eine Viertelmilliarde in den Schweizer Film investiert.» Viertens könne die SRG dank Kooperationen mit den Verlegern den von Facebook, Google und globalen Konzernen bedrängten Medienplatz Schweiz stärken. Unser Land debattiere über den Finanz-, den Werk- und den Hochschulplatz in der Globalisierung. Über den Medienplatz diskutiere es, ohne den globalen Wettbewerb zu berücksichtigen; ein Paradigmenwechsel sei nötig. «Die stärkste Legitimation der SRG ist aber ihr Erfolg», unterstrich de Weck. Das Sorgenbarometer der Credit Suisse zeige, dass Radio und Fernsehen die Schweizer Institutionen seien, die am meisten Vertrauen genies- sen. **Markus Schär**

+350 000

Ein Leporello zeigt, wie die Schweiz als Magnet Ressourcen aus dem Ausland anzieht. Beahlt unser Land einen zu hohen Preis für seine Attraktivität? Mittlerweile macht sich auch im Mittelstand ein Unbehagen breit, weil die starke Einwanderung zu Siedlungsdruck, Verkehrsstaus und Dichtestress führt. Das Leporello «Magnet Schweiz: Die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb», bei Avenir Suisse gedruckt und elektronisch verfügbar, wägt Nutzen und Nachteile der Attraktivität des Landes ab. Es zeigt, wie die Schweiz neben Vermögen und Vermögenden vor allem Unternehmenszentralen, Produktionsstätten und Arbeitskräfte anzieht. Von 2002 bis 2007 schuf die Schweizer Wirtschaft 350 000 zusätzliche Arbeitsplätze, davon besetzen Ausländer 60 Prozent. Die Probleme, zu denen es aufgrund der Einwanderung kommt, sind ernst zu nehmen, meint Avenir Suisse. Sonst ist die Offenheit der Schweiz gefährdet, die dem Land zu seinem Erfolg verhilft.

0,8%

Zwei Experten entwerfen im Auftrag von Avenir Suisse eine zukunftstaugliche Sicherheitspolitik. Nur mit zeitgemässen Strategien kann die Schweizer Sicherheitspolitik aktuelle und künftige Bedrohungen von Volk, Land und Staat abwenden. In der Verteidigungspolitik fehlt aber eine klare Ausrichtung auf diese Gefahren. Dies halten die beiden Sicherheitsexperten Bruno Lezzi und Daniel Heller im Discussion Paper «Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz im 21. Jahrhundert» fest. Die Autoren fordern, eine zukunftstaugliche Sicherheitspolitik müsse von einem raschen und dramatischen Wandel der Machtkonstellationen ausgehen. Deshalb genüge es nicht, wenn die Schweiz nur noch 0,8% des Bruttoinlandsprodukts für die Armee aufwende, gegenüber 0,9% in Österreich und 2% oder mehr in den Nato-Ländern: Das Budget für die Armee müsse gegen 5 Milliarden Franken betragen.

34 Mrd. Fr.

Ein Workshop suchte nach Wegen zu einem besseren Ausschreibungswettbewerb. Für rund 34 Milliarden Franken beschafft der Schweizer Staat Güter und Leistungen von Privaten. Seine Aufträge muss der Staat ausschreiben. Aber führt der Wettbewerb tatsächlich zu Kosteneinsparungen oder Qualitätsverbesserungen? Mit dieser Frage setzte sich der diesjährige wettbewerbspolitische Workshop von Avenir Suisse auseinander. Ein ausführlicher Bericht findet sich auf der Website von Avenir Suisse, das Referat von Prof. Armin Schmutzler ausserdem im Tagungsband «Wirtschaftspolitik nach der Krise». Der Ausschreibungswettbewerb krankt in der Schweiz daran, meinten Experten, dass noch völlig offen ist, wie die Begriffe im Gesetz auszulegen sind. Sie forderten deshalb mehr Rechtssicherheit: «Wo das Bundesgericht entscheiden kann, soll es entscheiden.»

Reich dank Einwanderern

Die Schweiz hat in den letzten sechzig Jahren prozentual gleich viele Menschen aufgenommen wie die Bundesrepublik Deutschland mit dem Einbezug der DDR – und sie kann ihr Wohlstandsniveau immer noch steigern.

In der Debatte über die Zuwanderung behaupten Kritiker gerne, das Wachstum der Schweizer Volkswirtschaft in den letzten Jahren beruhe hauptsächlich auf dem Bevölkerungswachstum und habe die ursprüngliche Bevölkerung kaum reicher gemacht, sondern einzig die Umwelt belastet. Ein Blick auf die Fakten zeigt aber, dass einiges von dieser These weit übertrieben oder falsch ist.

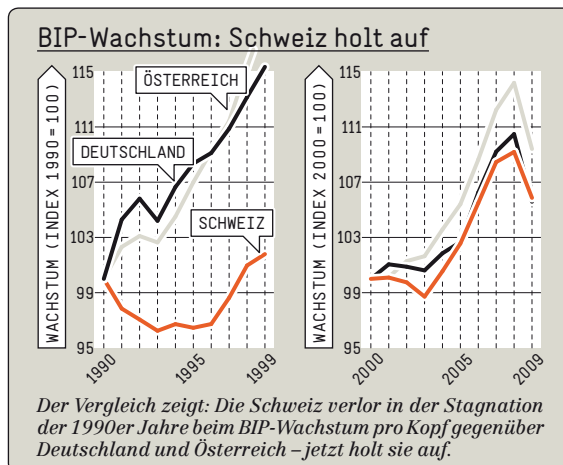
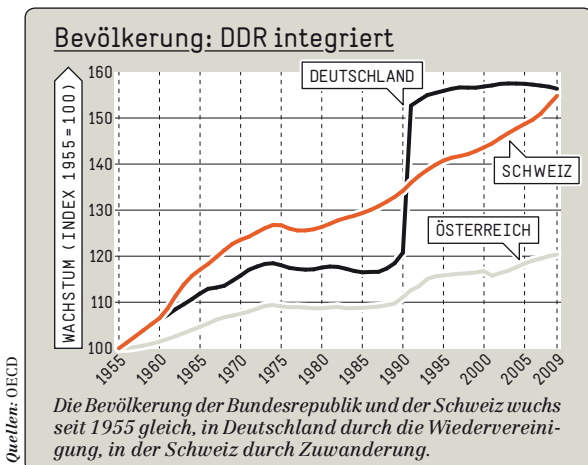
So muss man klar zwischen den 1990er Jahren und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends unterscheiden. Die neunziger Jahre waren für die Schweiz in Sachen Wachstum tatsächlich verloren: Es lag deutlich unter jenem Deutsch-

lands und Österreichs, ebenso jenes des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf, das in der Schweiz praktisch stagnierte. Völlig anders sah es aber in den letzten zehn Jahren aus. Gesamthaft wuchs das Land nun deutlich stärker als Deutschland und ähnlich wie Österreich, pro Kopf etwa gleich wie Deutschland und etwas weniger als Österreich.

Dabei ist das hohe Wohlstandsniveau in der Schweiz schwieriger zu steigern als das niedrigere von Deutschland oder Österreich. Deswegen ist die teilweise Parallelität von BIP-Wachstum und Bevölkerungswachstum eine grossartige Leistung. Besonders deutlich

zeigt dies eine Betrachtung der längeren Frist. Seit Mitte der fünfziger Jahre ist die Schweizer Bevölkerung prozentual so stark gewachsen wie jene Deutschlands, nämlich um etwa 55%: Deutschland hauptsächlich durch den Einbezug der DDR, die Schweiz dank Zuwanderung. Die Schweiz hat mit anderen Worten über die Jahre hinweg prozentual ungefähr gleich viele Menschen zusätzlich «verkräftet» bzw. in Arbeit und Brot gebracht wie Deutschland mit der Wiedervereinigung – nur ohne entsprechenden Flächenzuwachs und zudem auf einem der höchsten Wohlstandsniveaus der Welt.

Gerhard Schwarz



Arbeitslose

Rausgeworfenes Geld?

Eine Zürcher Studie zeigt: Arbeitsmarktliche Massnahmen bringen kaum etwas.

Mehr als ein Promille des BIP, 640 Millionen Franken, gab die Schweiz letztes Jahr für arbeitsmarktliche Massnahmen aus. In Kursen und Programmen erhöhen Arbeitslose ihre Chancen, einen Job zu finden, indem sie ein paar Brocken Deutsch pauken, Tastaturschreiben üben, das Aufsetzen von Bewerbungen

lernen oder sich einfach an eine Tagesstruktur gewöhnen.

Was bringt dieses viele Geld? Wenig bis nichts, zeigt eine von der Uni Zürich veröffentlichte Studie von Rafael Lalive, Michael Morlok und Josef Zweimüller: «Applying for jobs: Does ALMP participation help?» Die Wissenschaftler untersuchten bei

den Klienten des RAV Zürich-Staffelstrasse, wie viele Bewerbungen sie schrieben und zu wie vielen Vorstellungsgesprächen sie gingen. Und sie stellten fest: Unterschiede zwischen Arbeitslosen mit und solchen ohne arbeitsmarktliche Massnahmen finden sich, wenn überhaupt, bei den Stellen hinter dem Komma. *ms*

Wortschatz

Selbstversorgung, die: In ihrem Kampf gegen den Freihandel setzen die Schweizer Bauern jetzt auf Moral – gegen die Ökonomie. «Alles, was wir importieren, fehlt an einem anderen Ort; an einem Ort, wo Hunger und Elend herrschen», sagte Bauernpräsident Hansjörg Walter kürzlich in der «NZZ». Das heisst im Klartext: Die Schweizer müssen den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln von derzeit 60 Prozent nicht nur hoch halten, damit sie in einer Krise nicht verhungern. Sie dürfen ihre Importe nicht erhöhen, weil sie ihr Essen und Trinken den Bedürftigen wegnehmen. Damit spricht sich der höchste Schweizer Bauer, wider besseres Wissen, nicht nur gegen den Freihandel, sondern auch gegen den Fortschritt aus. Der Prophet des Freihandels, David Ricardo (1772–1823), forderte in einer Schrift von 1815 niedrigere Getreidepreise dank Importen zugunsten des Volkes und kämpfte ab 1819 für die hungernden Iren im britischen Parlament gegen die Macht der Agrarbarone: Erst als sie gebrochen war, kam Grossbritannien dank der Industrialisierung zu Wohlstand. Und grundsätzlich begann jeder Fortschritt damit, dass die Menschen tauschten, also sich nicht nur im Schweisse ihres Angesichts selbst versorgten, sondern dank Leistungen von anderen Zeit gewannen, beispielsweise um Politik zu treiben. Das heisst: Handel macht alle reicher, Selbstversorgung lässt fast alle arm. *ms*